

***-Es gilt das gesprochene Wort -***

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum ersten Mal bringen wir heute einen Doppelhaushalt zur Beratung in den Gemeinderat Plochingen ein, der die Grundlagen für die kommunalpolitische Arbeit und Investitionen der Haushaltsjahre 2018 und 2019 schaffen soll. Für die Stadtverwaltung war dies in der Vorbereitung eine große Herausforderung, da letztendlich zwei Jahre vorausgeplant werden müssen. Wir versprechen uns jedoch unterm Strich ein effizienteres Verfahren, da jeweils im zweiten Jahr die Erstellung des Haushaltsentwurfs mit den umfangreichen Vorbereitungen und verwaltungsinternen Abstimmungen entfällt. Ich bin gespannt, welche Erfahrungen wir mit der Beratung und dem Vollzug des Doppelhaushalts machen.

Wichtig für die kommunalpolitische Arbeit des Gemeinderats ist, jeweils im zweiten Jahr der Doppelhaushalte eine umfassende Aussprache zu wichtigen kommunalpolitischen Themen zu führen. Dies ist sicherlich auf Basis eines bereits verabschiedeten Haushalts bzw. notwendigen Nachtragshaushalts möglich.



## **I. Allgemeine Gesamtsituation**

Nach der Bundestagswahl sind erstmals 6 Parteien und angesichts der inhaltlichen Differenzen in der Union eher sogar 7 Parteien ins Parlament eingezogen. Nachdem die SPD sich in die Opposition zurückzieht, bleibt nur die Jamaika-Lösung, hinter die angesichts der politischen Unterschiede ein großes Fragezeichen gesetzt werden kann. Deutschland war lange stolz auf seine stabilen politischen Verhältnisse, doch die sind nun Geschichte. Mit großem Interesse könnten wir die Regierungsbildung verfolgen, wenn sie denn begännen. Ich habe Zweifel, ob die neue Bundesregierung bis Weihnachten steht. Dies bedeutet Stillstand in einer Zeit, in der wichtige Zukunftsthemen angegangen werden müssen. Das bereitet mir Sorge. Dabei hätte die kommende Bundesregierung einen gut gefüllten Haushalt und damit einen großen Gestaltungsspielraum.

Grundlegend diskutiert werden muss die Frage, wie sich in einem wohlhabenden Land mit einer offenen, toleranten Gesellschaft quer durch alle sozialen Schichten eine solche Unzufriedenheit breitmachen konnte. Dies geht einher mit einem immer weiter wachsenden Anspruchsdenken, das strikte Beharren auf Eigeninteressen und einem drastisch sinkenden Respekt gegenüber diesem Staat und seinen Vertretern. Kluge Politik lebt jedoch vom Ausgleich der unterschiedlichen Interessen, vom gesellschaftlichen Dialog und letztendlich vom Kompromiss.



Selbst in der Kommunalpolitik mit konkreten und zumeist verständlichen Themensetzungen erleben wir immer wieder, mit welchem Desinteresse selbst das gehobene Bürgertum mit kommunalpolitischen Themen umgeht und erst aktiv wird, wenn die Eigeninteressen berührt werden. Diese Entwicklung bereitet mir Sorge.

Alle politisch Verantwortlichen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen müssen sich deshalb der Frage stellen, wie die Weichen wieder für mehr gemeinschaftlich getragene Verantwortung gestellt werden können und der respektvolle Umgang mit Anderen im politischen Diskurs und die mit breiten Mehrheiten getragenen Lösungen wieder gestärkt werden können. Das Niederbrüllen von Vertretern dieses Staates – egal von welcher politischen Partei – empfinde ich als furchtbare Degeneration in unserer Gesellschaft und als Gegensatz zur politischen Kultur in diesem Land.

Für mich ist die baden-württembergische Landesregierung ein gutes Beispiel, denn trotz großer inhaltlicher Gegensätze haben sich die Regierungsparteien zusammengerauft, arbeiten ordentlich zusammen. Auch wenn ich aus kommunaler Sicht zu einzelnen Themen immer wieder kritische Worte finde, ist unterm Strich eine positive Entwicklung zu attestieren und das ist wichtig. Bei allen Schwierigkeiten der kommenden Jahre müssen wir uns immer vergegenwärtigen: wir jammern auf hohem Niveau und können insgesamt zuversichtlich in die Zukunft gehen.



Der Gemeindefinanzbericht des Gemeindetages Baden-Württemberg steht in diesem Jahr unter der Überschrift „Staatsfinanzen im Aufwind der Konjunktur – Kommunen nutzen Handlungsspielräume zur Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit“.

Der Erste Beigeordnete des Gemeindetags Steffen Jäger weist eingangs darauf hin, dass die bundesdeutsche Volkswirtschaft im 7. Jahr erfreulich stark gestiegen ist und somit alle staatlichen Ebenen steigende Steuereinnahmen verzeichnen dürfen. Er hebt jedoch mahnend den Finger und weist ebenfalls auf die Entwicklung der Ausgaben mit einer erheblichen Dynamik nach oben hin. Der Blick auf den kürzlich beschlossenen Bundeshaushalt 2018 zeigt, dass der Anteil der Sozialausgaben auf einen Höchstwert von 57% mit 175,1 Mrd. € steigen. Sobald die Steuereinnahmen also nicht mehr sprudeln, wird der Bundeshaushalt und alle Länder- und Kommunalhaushalte erheblich unter Druck geraten.

Diese Zeiten kennen wir. Sie haben dazu geführt, dass erhebliche Defizite bei der öffentlichen Infrastruktur entstanden sind, die wir aufgrund der schon angesprochenen guten wirtschaftlichen Lage des Staates derzeit aufholen wollen.



Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat deshalb folgende Kernbotschaften formuliert:

1. Der Sozialhaushalt muss zukunftsfest konsolidiert werden und nachhaltig finanzierbar gemacht werden.
2. Einnahmenüberschüsse von heute müssen in die Zukunftsinfrastruktur von morgen investiert werden.
3. Die steigenden Kinderzahlen müssen in einem gesamtstaatlichen Zusammenwirken durch gute Bildung zur Zukunftschance gemacht werden.
4. Der Prozess der Integration muss verbindlich installiert werden, die dafür notwendigen Kosten müssen dauerhaft finanziert werden.
5. Die Städte und Gemeinden müssen in ihrer Rolle als Gestalter des Zusammenlebens vor Ort und damit als Garant gesellschaftlichen Friedens gezielt und nachhaltig gestärkt werden.

Diese Kernbotschaften kann ich nur unterstreichen.

Was bedeutet dies für Plochingen?

1. Soweit soziale Leistungen im direkten Verantwortungsbereich der Stadt liegen, müssen sie mit Bedacht und stets mit dem Ziel einer dauerhaften Finanzierbarkeit entwickelt werden. Deshalb sind insbesondere freiwillige Ausgaben weiterhin mit Zurückhaltung zu diskutieren. Darüber hinaus müssen wir uns immer bewusst sein, dass die Sozialleistungen einen erheblichen Anteil am Kreishaushalt ausmachen, der wiederum über die Kreisumlage refinanziert wird. Dies birgt für künftige Haushalte Risiken.
2. In den vergangenen Jahren mussten wir immer wieder Haushaltsjahre bewältigen, die von Engpässen auf der Einnahmenseite geprägt waren. Dies ging häufig zu Lasten von Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Deshalb möchte die Stadtverwaltung den miteinander getragenen Kurs fortsetzen und weiter in die Sanierung der kommunalen Infrastruktur und damit in den Erhalt von städtischem Vermögen investieren. Neben den städtischen Gebäuden sehe ich dabei einen Schwerpunkt bei der Mobilität, wobei dies für mich alle real nutzbaren Verkehrsmittel mit Straßen, Brücken und ÖPNV als auch die Internetmobilität beinhaltet. Ich sehe uns hier auf dem richtigen Weg, allerdings ist noch viel zu tun.



3. Entgegen früherer Prognosen steigen erfreulicherweise die Kinderzahlen. Diese müssen wir durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und mit der Schaffung von guten Rahmenbedingungen für unsere Schulen Rechnung tragen. Dies war ein Investitionsschwerpunkt der vergangenen 10 Jahre und wird ein Investitionsschwerpunkt der nächsten 10 Jahre bleiben. Diese Aufgaben sind jedoch personalintensiv und belasten den Haushalt dauerhaft.
  
4. Die Integration der Flüchtlinge ist eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die bei Vielen mit Ängsten verbunden ist. Die Diskussionen der vergangenen Zeit zeigen jedoch, dass wir hier auch über die Resultate der Integration der letzten Jahrzehnte diskutieren müssen. Einige Entwicklungen weisen darauf hin, dass wir z.B. bei der Integration der türkisch-stämmigen Menschen oder der Russlanddeutschen bei weitem nicht so weit wie gedacht sind. Eine Herausforderung ist Überwindung der kulturellen, sozialen, religiösen und ethnischen Unterschiede, für die in unserer Gesellschaft eine große Toleranz und Offenheit erforderlich ist. Da wir unsere gesellschaftlichen Errungenschaften erhalten wollen, brauchen wir Ressourcen, die jetzt mit den Flüchtlingsbeauftragten geschaffen sind, um konzeptionelle und tatsächliche Lösungen zu entwickeln.



5. Das konkrete Leben findet in Städten und Gemeinden statt. Ob niederschwellige Angebote für sozial Schwache, Essenstisch der AWO, Unterstützung von behinderten Menschen, kulturelle, sportliche oder gesellschaftliche Angebote für Alle, ambulante oder stationäre Pflege für Ältere, Veranstaltungen in der Stadtgesellschaft oder das Umsetzen von Klimaschutzziele: konkret wird es immer in den Städten und Gemeinden. Deshalb müssen alle Bestrebungen des Bundes und der Länder darauf gerichtet sein, für die Städte und Gemeinden bewältigbare Rahmenbedingungen zu schaffen, denn ohne die Kommunen ist kein Staat zu machen. Die Stadt Plochingen ihrerseits muss weiterhin alles dafür tun, dem Ziel eines lebendigen und toleranten Gemeinwesens im näher zu kommen. Dieser Aufgabe werden wir uns weiter stellen und der Haushalt gibt gute Impulse für Entwicklungen.

## **II. Wirtschaftliche Situation der Stadt Plochingen**

Die wirtschaftliche Situation der Stadt Plochingen ist gut und die Einnahmen sprudeln. Dennoch schaffen wir es nicht, die Abschreibungen voll umfänglich zu erwirtschaften.





Der Haushaltsentwurf geht von einem negativen Saldo im Ergebnishaushalt von 1,9 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018 und 1,2 Mio. € für das Haushaltsjahr 2019 aus. Herr Beigeordneter Hanus wird dies in seinen Ausführungen noch detaillierter darstellen.

Letztendlich hält also die gute Einnahmenentwicklung nicht mit der Ausgabenentwicklung Stand, was Risiken für künftige Haushalte birgt.

Die Personalausgaben sind dabei ein wesentlicher Faktor. Deshalb bin ich ja bei meiner Haushaltsrede 2017 bereits sehr ausführlich auf dieses Thema eingegangen. Diese Medaille hat zwei Seiten: einerseits müssen für Personalaufwendungen von voraussichtlich 11,1 bzw. 11,3 Mio. € Steuern, Gebühren und andere Einnahmen erwirtschaftet werden. Andererseits spüren wir immer stärker die Auswirkungen des Fachkräftemangels und die damit verbundenen Probleme für eine Kommunalverwaltung, die ihre auferlegten Aufgaben sachgerecht erledigen und alle Dienstleistungen mit der gewohnt hohen Qualität anbieten möchte. Waren vor einigen Jahren insbesondere Erzieherinnen und Ingenieure Mangelware, so gibt es heute Engpässe in allen unseren Arbeitsfeldern.

Hinzu kommen die Auswirkungen steigender bürokratischer Anforderungen, wie das ausufernde Beauftragtenwesen, zusätzliche Freistellungen durch das geänderte Personalvertretungsgesetz oder das Landesbildungsgesetz. Bis zum Jahr 2030 werden rund ein Drittel aller Beschäftigten der Stadt Plochingen in den Ruhestand eintreten, darunter fast die komplette Führungsmannschaft. Hierzu müssen wir die Weichen heute stellen.

Dies bedeutet für die Stadtverwaltung mit allen Teilbereichen, dass wir über Ausbildung und Qualifikation Mitarbeiter an zusätzliche, höher qualifizierte Aufgaben heranführen müssen, denn der Arbeitsmarkt gibt in Konkurrenz zur boomenden Wirtschaft in der Region Stuttgart wenig her. Dies und die ständige Personalsuche führen zu einem stetig steigenden Aufwand in der Personalabteilung, wobei dieses Sachgebiet aufgrund der aktuellen Situation sowieso geschwächt ist.

Auch organisatorisch müssen wir uns weiter entwickeln, denn die Digitalisierung macht vor der Stadtverwaltung nicht halt und ich verfolge das klare Ziel, durch den Einsatz von Technik einfachere Aufgaben zu erfüllen. Ich halte dies z.B. im Bürgerservice oder in der Stadtkämmerei für möglich.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Allerdings müssen hierzu noch technische und rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Ziel ist es jedoch nicht, Personal abzubauen, sondern die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höherwertig einzusetzen.

Gleichzeitig müssen wir uns immer wieder die Frage stellen, welche Aufgaben wir als öffentliche Verwaltung zwingend selbst erledigen müssen, wo unsere Kernaufgaben sind bzw. was Private bei gleicher Qualität günstiger erledigen.

Hier bietet der bereits erwähnte Weg in den Ruhestand von vielen Mitarbeitern auch Möglichkeiten, dies sozialverträglich zu gestalten. So bereiten wir derzeit die Ausschreibung der Reinigungsleistungen in zwei städtischen Gebäuden vor, um diese künftig durch Dienstleister reinigen zu lassen.

### **III. Investitionsprogramm 2030**

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben gute Erfahrungen mit langfristigen Investitionsprogrammen gemacht. Das derzeit laufende Investitionsprogramm 2020 wurde am 15. November 2011 beschlossen und beinhaltet insgesamt 39 Projekte, davon 26 Hochbau- und 9 Tiefbaumaßnahmen, 5 städtebauliche Projekte sowie 4 Beschaffungsmaßnahmen.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Stand heute sind 23 Projekte erledigt; 13 Projekte sind am Laufen, wobei die Generalsanierung des Hochbehälters Stumpfenhof sowie die Ersatzbeschaffung GWT für die Feuerwehr noch 2017 abgeschlossen werden bzw. mit der Brandschutzsanierung des Rathauses 1 begonnen ist und dem 2. BA für den Ausbau der Eisenbahnstraße in Kürze begonnen wird. Lediglich 8 Projekte sind aus verschiedenen Gründen noch offen.

Die Stadtverwaltung hat deshalb für die Klausurtagung des Gemeinderates am 23. Juni 2017 einen Vorschlag für ein Investitionsprogramm 2030 eingebracht, damit die Fraktionen über die Projekte und deren Priorisierungsvorschläge beraten können. Geplant ist eine Beschlussfassung des Gemeinderates noch im Jahr 2017. Dies ist dann die langfristige Leitschnur unserer Investitionen.

#### **IV. Investitionen 2018/2019**

Wie bereits ausgeführt, ist die Stadt Plochingen derzeit in der Situation, dass für die Realisierung von Investitionsprojekten nicht die Liquidität Grenzen setzt, sondern die administrativen und personellen Ressourcen bzw. die sehr gute Auftragslage bei Architekten, Ingenieurbüros und Handwerkern. Dies führt dazu, dass etatisierte Projekte der Jahre 2016 und 2017 noch im Bau bzw. noch gar nicht begonnen wurden.



Ab 2018 gehe ich davon aus, dass insbesondere im Hochbaubereich wieder alle Architekten und Ingenieure an Bord sind und damit bei der Realisierung der Hochbauprojekte wieder spürbar Wind in die Segel kommt. Angesichts der hohen Priorität anstehender Vorhaben, wie der Generalsanierung des Gymnasiums im Zuge der Weiterentwicklung des Unteren Schulzentrums oder dem Neubau des Kinderhauses am Johanniterpark, brauchen wir diese Mitarbeiter dringend.

Der Doppelhaushalt sieht Investitionen von 6,4 Mio. € im Jahr 2018 bzw. 8,2 Mio. € im Jahr 2019 vor.

Konkret sehen wir folgende Priorität:

### **1. Stadtverwaltung**

Die Sanierungsarbeiten im Verwaltungsrathaus und dem angrenzenden Kinderhaus Bismarckstraße sind Anfang August 2017 angelaufen und werden voraussichtlich bis zur Jahresmitte 2018 andauern. Der Gesamtaufwand für dieses Projekt beläuft sich auf 2,6 Mio. € und ist weitgehend in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 finanziert. Für das kommende Haushaltsjahr 2018 ist noch ein Restbetrag von 160.000 € etatisiert.



Mittlerweile liegt auch eine Zusage für einen Zuschuss aus dem Ausgleichstock für finanzschwache Gemeinden in Höhe von 300.000 € vor. Nach Abschluss dieser Sanierungsmaßnahme wird dieses Gebäude wieder für lange Jahre seinen Zweck gut erfüllen. Bereits abgeschlossen ist die Verlagerung der Registratur in die frühere Kegelbahn in der Stadthalle.

Mittelfristig zeichnet sich auch eine anstehende Sanierung des Technischen Rathauses ab, für die in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2021 eine Planungsrate von 300.000 € vorgesehen ist.

## **2. Kinderbetreuung**

Aufgrund der stark steigenden Nachfrage bei der Kinderbetreuung hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24.01.2017 beschlossen, auf dem städtischen Areal am Johanniterpark ein fünfgruppiges Kinderhaus neu zu bauen. Hierzu hat das Hochbauamt Planentwürfe entwickelt, über die zur Ausführung empfohlene Planungsvariante Sie heute entscheiden. Somit kann die notwendige Entwurfsplanung noch im Jahr 2017 abgeschlossen und im Januar 2018 entsprechende Förderanträge gestellt werden.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Aus meiner Sicht wäre ein Baubeginn zur Jahresmitte 2018 und eine Eröffnung Anfang 2020 möglich. Im Doppelhaushalt sind für dieses Projekt Investitionsmittel von 3,5 Mio. € und Zuschüsse in Höhe von 500.000 € etatisiert.

Darüber hinaus sind Zuschüsse an die Evangelischen Kirchengemeinde in Höhe von 760.000 € für den Ersatzneubau Kindergarten Bühleiche vorgesehen, für die die Stadt wiederum Zuschüsse aus dem Ausgleichstock II in Höhe von 325.000 € erhält. Für kleinere Investitionsmaßnahmen der Katholischen Kirchengemeinde sind insgesamt 58.000 € eingeplant. Die partnerschaftlich getragene Verantwortung für unsere Kinder wird somit vertieft.

### **3. Schulen**

Schwerpunkt der kommunalpolitischen Aufgabenstellungen der vergangenen Zeit und der kommenden Jahre ist und bleibt die Generalsanierung des Unteren Schulzentrums, insbesondere des Gymnasiums. Ich möchte die Beschlüsse für weitere Meilensteine für das Raumprogramm und damit zur Fortsetzung der Sanierungsplanung noch im Herbst 2017 fassen.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Hierbei muss die Stadt Plochingen als Schulträger entscheiden, wie viele Züge das Gymnasium künftig haben und ob der Schulversuch „Gymnasium mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ fortgesetzt werden soll.

Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die notwendige Antragstellung habe ich mittlerweile die Plochinger Schulen und die Nachbargemeinden um eine Stellungnahme gebeten, die dann in die Entscheidungsfindung im Gemeinderat einfließen soll. Die Abstimmung der Eltern mit den Füßen ist jedoch sehr eindeutig; hier sprechen die Anmeldezahlen eine deutliche Sprache für die Fortsetzung von G9.

Die zweite bildungspolitische Baustelle ist die Zukunft der Werkrealschule. Auf der Grundlage der Beschlüsse des Gemeinderates hat die Stadtverwaltung am 09.05.2017 die Auflösung der Werkrealschule an der Burgschule Plochingen zum Schuljahr 2018/2019 beantragt und den Prozess der Regionalen Schulentwicklungsplanung initiiert. Die Stellungnahmen der zu beteiligenden Kommunen gehen allmählich ein, so dass eine Beratung demnächst möglich ist.





Das Regierungspräsidium Stuttgart bzw. das Staatl. Schulamt in Nürtingen sind in diesem Prozess eingebunden. Dies wird sich so oder so auf die Zukunft der Realschule auswirken: ein wichtiger Entwicklungsprozess.

Für die Generalsanierung des Gymnasiums und des Unteren Schulzentrums sind im Doppelhaushalt 2018/2019 2,5 Mio. € Ausgaben und 700.000 € Zuschüsse eingeplant. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für die Jahre 2020 bis 2022 je 4 Mio. € Ausgaben und 1,4 Mio. € Zuschüsse vorgesehen. Dies sind Hausnummern, die die erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt aufzeigen sollen. Allerdings liegen belastbare Zahlen erst nach Abschluss des Planungsprozesses und dem Vorliegen einer Kostenberechnung vor.

Für das Haushaltsjahr 2018 sind außerdem weitere Mittel für die Außenanlage der Panoramaschule und für die Erneuerung der Außenbeleuchtung des „Oberen Schulzentrums“ in Höhe von insgesamt 81.000 € etatisiert. Aus den Schulbudgets sind insgesamt 75.700 € für verschiedene Investitionen eingestellt.



#### **4. Infrastruktureinrichtungen**

Wir müssen weiter in die kommunale Infrastruktur investieren.

Mit dem Erwerb eines Grundstücks neben dem städtischen Bauhof ergibt sich die Chance, die Raumsituation für den Bauhof und die Stadtwerke Plochingen zu verbessern und den modernen betrieblichen Anforderungen anzupassen. Zusätzlich zur Planungsrate aus dem Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 280.000 € sind im Doppelhaushalt 2018/2019 weitere 220.000 € für erste Maßnahmen – insbesondere für die Erneuerung der Heizungsanlage – eingeplant.

Gleichzeitig muss auch in den Fahrzeug- und Maschinenpark des Bauhofs investiert werden. Hier sieht der Doppelhaushalt insgesamt 259.000 € für Ersatzbeschaffungen vor.

Für 2017 war die Sanierung der Aussegnungshalle auf dem Stadtfriedhof geplant. Da ein Teil der damals etatisierten Mittel für die Sanierung der Stützmauern auf dem Stadtfriedhof verwendet wurden, wird der Ansatz wieder auf die ursprünglichen 100.000 € aufgefüllt.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Immer wieder werden moderne Bestattungsformen nachgefragt. Beim Ortstermin am 27. Juni 2017 wurden Lösungen aufgezeigt, die nun realisiert werden sollen.

Hierzu sind auf dem Waldfriedhof für das Haushaltsjahr 2018 insgesamt 90.000 € für das Aufstellen von Urnenstelen und das Anlegen von Baumgräbern vorgesehen. Ein langgehegter Wunsch vieler Bürger wird erfüllt.

Der ATU hat in seiner Sitzung am 19. September 2017 die Bauarbeiten zum Ausbau der Eisenbahnstraße zwischen dem Feuerwehrhaus und der Einmündung Robert-Bosch-Straße vergeben. Für diese Straßenbaumaßnahme sind Gesamtkosten von 2,2 Mio. € vorgesehen, die im Haushalt 2017 finanziert sind. Der Spatenstich ist am 16. Oktober 2017. Danach schließt sich die Planung für die Neugestaltung der Kreuzung Eisenbahnstraße/Wilhelmstraße an, für die im Doppelhaushalt 2018/2019 Ausgaben von insgesamt 1,68 Mio. € und Zuschüsse aus dem Sanierungsprogramm von rund 500.000 € vorgesehen sind.



Im weiteren Verlauf der Eisenbahnstraße ist die Stadtverwaltung zuversichtlich, die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn über den Erwerb der Grundstücke entlang der Eisenbahnstraße zwischen dem Bahnhof und der Gaststätte Lamm erfolgreich abschließen zu können. Auch dieser Grunderwerb wird aus dem Sanierungstopf gefördert.

Für den folgenden Abbruch der alten Bahngebäude und der weiteren Baumaßnahmen zur Nutzbarmachung des Areals stehen im Doppelhaushalt 2018/2019 480.000 € zur Verfügung, denen wiederum Zuschüsse aus dem Sanierungsprogramm in Höhe von 288.000 € entgegenstehen.

Da das Sanierungsprogramm „Bahnhofsquartier“ bis Frühjahr 2020 abgerechnet sein muss, sieht die Stadtverwaltung hier einen Schwerpunkt der kommenden Jahre.



Großes Augenmerk ist auf die notwendige Sanierung der Hafenbrücke und der Otto-Konz-Brücke zu legen. Ich gehe davon aus, dass noch im laufenden Haushaltsjahr die Sanierungsplanung im Gemeinderat vorgestellt und als Grundlage für das weitere Vorgehen beschlossen werden kann. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sind insgesamt 1,65 Mio. € eingeplant. Sobald Klarheit bezüglich des Infrastrukturförderprogrammes besteht, wird sich die Stadtverwaltung um entsprechende Zuschüsse bemühen.

Das Umlegungsverfahren „Stumpenhof Süd/Talweg (2. BA)“ ist weiter vor der Baulandkammer Stuttgart anhängig. Eine weitere Verhandlung ist für Ende November 2017 terminiert. Sobald ein Urteil im Sinne der Stadt Plochingen erlassen wird, steht die Erschließung der weiteren Bauflächen an. Der Haushaltsentwurf sieht hierzu auf der Ausgabenseite Aufwendungen in Höhe von 363.000 € und auf der Einnahmenseite Erschließungsbeiträge in Höhe von 344.800 € vor, wobei dies auf Berechnungen aus dem Jahr 2012 beruht. Die Stadtverwaltung hat mittlerweile eine Aktualisierung dieser Kostenberechnung auf den Weg gebracht.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Für Straßenbau und Straßensanierungsmaßnahmen sowie den Ausbau der Breitbandverkabelung sind im Doppelhaushalt 2018/2019 insgesamt 790.000 € vorgesehen. Zur Breitbandverkabelung ist noch 2017 ein Bericht vorgesehen.

Aufgrund des Feuerwehrbedarfsplans hat der Gemeinderat der Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges LF 20 zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, einen Zuschussantrag zu stellen.

Wir gehen davon aus, dass dieser Zuschuss für das Jahr 2018 bewilligt wird und haben deshalb 420.000 € Investitionsmittel und einen Zuschuss von 90.000 € im Haushalt verankert. Für kleinere Beschaffungen stehen insgesamt 34.000 € für die Feuerwehr zur Verfügung.

## **5. Städtebauliche Erneuerung**

Auf das Sanierungsgebiet „Bahnhofsquartier“ und die Erschließung „Stumpenhof Süd/Talweg (2. BA)“ bin ich ja bereits eingegangen.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

Im Doppelhaushalt 2018/2019 werden perspektivisch die Grundlagen für die Entwicklung des Sanierungsgebiets „Filsgebiet-West“ geschaffen. Die Stadtverwaltung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt einen aktuellen Sachstandsbericht geben und den Aufstockungsantrag vorstellen. Mit dem Neubau der Wohngebäude Filsweg 7 leistet der Eigenbetrieb Wohnen einen ersten Beitrag zur Neugestaltung dieses Quartiers und schafft gleichzeitig Wohnungen für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen bzw. für finanzschwächere Menschen. Im Doppelhaushalt 2018/2019 ist eine Planungsrate von insgesamt 500.000 € veranschlagt, der Zuschüsse in Höhe von 300.000 € entgegen stehen.

Zur weiteren baulichen Entwicklung möchte die Stadtverwaltung die Besiedlung des Bereichs „Stumpenhof-Ost“ auf den Weg bringen. Ich sehe hier die Chance, Eigentums- und Mietwohnungen kombiniert zu bauen und ein Quartiersmanagement zu entwickeln. Noch im Herbst 2017 soll ein Investorengespräch konzipiert und vorbereitet werden. Im Haushalt sind hierfür Ausgaben in Höhe von 30.000 €, bei Erschließungsbeiträgen von 28.500 €, vorgesehen.



**Rede Bürgermeister Frank Buß**

**6. Bauunterhalt**

Neben den Investitionsaufwendungen sind auch in den Jahren 2018 und 2019 wieder zahlreiche Maßnahmen zum laufenden Erhalt der städtischen Immobilien und städtischer Infrastruktur notwendig. Der Gesamtaufwand der Bauunterhaltung beläuft sich auf rd. 1 Mio. €. Für den Straßenbau stehen 810.000 € zur Verfügung.

**V. Fazit**

Der Doppelhaushalt 2018/2019 schafft die Grundlage für wichtige Zukunftsinvestitionen. Angesichts der zahlreichen anstehenden Aufgaben werden klare Prioritäten gesetzt, um die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen. Sorge bereitet nach wie vor das strukturelle Defizit, das perspektivisch durch das Kinderhaus am Johanniterpark noch vergrößert wird. Deshalb darf die gute finanzielle Lage nicht zum großzügigen Umgang mit öffentlichen Geldern verleiten.

Schon jetzt müssen Ausgaben überprüft und deren Mittel und langfristige Finanzierbarkeit gewährleistet sein, um Hypotheken für die Zukunft zu reduzieren. Gleichzeitig müssen die organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Stadt Plochingen auch in Zukunft ihre Aufgaben auf hohem Niveau und zuverlässig erfüllen kann. Hierzu bietet dieser Haushaltsplanentwurf eine gute Grundlage.

